

Editorial

Zahlreiche wissenschaftliche und politische Debatten drehen sich im Jahr 2024 um das Abschneiden der extrem rechten AfD bei den Wahlen zum Europäischen Parlament sowie bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen im Herbst. Auch wenn die Zustimmungswerte in Befragungen zur Wahlabsicht im Jahr 2023 noch etwas höher lagen, hat die AfD die Zahl der Abgeordneten für das Europäische Parlament abermals erhöhen können. Und in fast allen Wahlkreisen Ostdeutschlands ist sie die stärkste Partei geworden – inzwischen auch in den größeren Städten. Die mit diesen Ergebnissen verbundene Situation einer Normalisierung und hegemonialen Position in den sozialen Räumen wird zu wenig beachtet und ernst genommen. Die ebenfalls durchgeführten Kommunalwahlen ermöglichen der völkisch-autoritären AfD inzwischen auch, auf breiter Ebene in die kommunalen Gremien mit starken Fraktionen einzuziehen und dort demokratische Positionen und Projekte unter Druck zu setzen.

Der Angriff auf demokratische Werte und Institutionen findet auf der europäischen Ebene eine Entsprechung. Die Zahl der Regierungen, an denen rechtspopulistische und extrem rechte Parteien beteiligt sind, hat zugenommen. Dazu gehören etwa die Niederlande, Ungarn, Italien und Finnland. In den USA hat Donald Trump realistische Chancen auf eine Wiederwahl. Wie schwer es ist, die Schritte rückgängig zu machen, mit denen diese Akteur:innen strukturell ihre Herrschaft absichern wollen, zeigt sich beispielsweise in Polen. Dort werden die Maßnahmen der Tusk-Regierung zur Liberalisierung und Pluralisierung der Medienlandschaft, mit denen die illiberale Medienpolitik der PiS-Regierung korrigiert werden sollen, weiter von rechts außen angegriffen.

Die umfangreichen Proteste, die nach Bekanntwerden eines Treffens von extrem rechten Protagonist:innen in Potsdam in zahlreichen Städten sichtbar wurden, sind ein wichtiges Zeichen. Sie verdeutlichen die Ablehnung der Deportationspläne der extremen Rechten und die Bereitschaft vieler, dieser Politik entgegenzutreten. Dabei wird auch die Nachfrage nach Analyse und wissenschaftlicher Bewertung der Lage sichtbar. Insofern ist es erfreulich, dass in zwei Bundesländern die anwendungsbezogene Forschung zu Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Verschwörungsideologien stärker institutionalisiert wird. An der Eberhard Karls Universität Tübingen ist das Verfahren zur Besetzung von drei entsprechenden Professuren weitgehend abgeschlossen; dort wird es zukünftig Schwerpunkte auf politik- und medienwissenschaftliche Perspektiven sowie im Bereich der politischen Bildung geben. Im Bundesland Bayern fördert das dortige Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst seit 2024 den umfangreichen Forschungsverbund ForGeRex, an dem Wissenschaftler:innen unterschiedlicher Disziplinen an zwölf bayerischen Hochschulen und außer-universitären Einrichtungen beteiligt sind.

Eine Darstellung des Verbundes ForGeRex findet sich in diesem Heft der ZRex in unserem neuen Format *Forum*. Die Rubrik bietet Raum für Beiträge, die nicht dem Reviewverfahren unterliegen und ergänzt unsere peer-reviewten Beiträge durch kürzere und dynamische Inhalte. Die Rubrik wird verschiedene Formate umfassen, die es ermöglichen, aktuelle Entwicklungen und Diskurse aus unserem Forschungsfeld zeitnah abzubilden und verschiedenste Facetten wissenschaftlichen Austauschs zu präsentieren, z. B. die Vorstellung von

Forschungseinrichtungen aus dem Feld, Fachgespräche, Sammelrezensionen, Konferenzberichte und Nachrufe.

Die ZRex erscheint bereits im vierten Jahrgang und erfreut sich wachsenden Interesses, beispielsweise ablesbar an der ansteigenden Kurve der Downloads von Beiträgen. Erstmals müssen wir Änderungen im Kreis der Herausgeber*innen mitteilen. Helmut Kellershohn und Samuel Salzborn sind im Frühjahr 2024 ausgeschieden, weil sie sich intensiv anderen Aufgaben widmen möchten. Wir bedauern ihr Ausscheiden, danken für die wertvollen Beiträge in der Vergangenheit und bleiben ihnen auch weiterhin verbunden.

Helmut Kellershohn hat sich bereits lange und intensiv für die Gründung eines Jahrbuchs bzw. einer Zeitschrift eingesetzt und auch die Gründung der ZRex über Jahre entschieden vorangetrieben. Helmut Kellershohn studierte Geschichte und Katholische Theologie und promovierte mit einer Arbeit über die Konservative Revolution in Deutschland, arbeitete über Jahrzehnte als Lehrer und entwickelte sich zu einem der führenden Experten für die Analyse der Neuen Rechten im deutschsprachigen Raum. Durch seine akribische Forschung und seine fundierten Publikationen hat er wesentlich dazu beigetragen, ein tieferes Verständnis für die ideologischen Kontinuitäten und Brüche innerhalb der rechten Szene zu entwickeln. Er beteiligte sich an der Gründung und Leitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), das die Basis für seine zahlreichen publizistischen Aktivitäten blieb, u. a. im hauseigenen DISS-Journal und auf dem Blog DISSkursiv.

Forschungs- und Veröffentlichungsschwerpunkte von Helmut Kellersohn stellen u. a. die extrem rechte Wochenzeitschrift *Junge Freiheit* (JF), die *Alternative für Deutschland* (AfD) und das Institut für Staatspolitik (IfS) dar. In jüngerer Zeit hat er zusätzlich zu extrem rechter Wirtschaftspolitik geforscht und veröffentlicht. Seine Beiträge zur Analyse der Neuen Rechten haben nicht nur in der akademischen Welt Anerkennung gefunden, sondern auch maßgeblich zur öffentlichen Debatte über den Umgang mit extrem rechten Ideologien beigetragen. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit engagiert sich Kellershohn auch politisch und gesellschaftlich gegen die extreme Rechte und für eine demokratische Kultur. So trägt er vielfältig zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft und zur Verteidigung der offenen, pluralistischen Werte bei. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Kellershohn mehrfach ausgezeichnet.

Samuel Salzborn gehört zum Kreis der Mitbegründer:innen unserer Zeitschrift. Er hat Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaften studiert; promovierte zum völkisch-nationalen Volksgruppenkonzept und habilitierte sich mit einer vergleichenden Studie zu sozialwissenschaftlichen Antisemitismus-Theorien. Samuel Salzborn hatte zwischen 2009 und 2019 Professuren an unterschiedlichen bundesdeutschen Universitäten inne; er forschte und lehrte auch international, u. a. in Prag und Jerusalem. Seit 2020 ist er als Antisemitismusbeauftragter des Landes Berlin tätig.

Seit vielen Jahren ist Samuel Salzborn sehr umfangreich wissenschaftlich tätig, u. a. als Herausgeber in den Buchreihen „Interdisziplinäre Antisemitismusforschung/Interdisciplinary Studies on Antisemitism“, „Staat – Souveränität – Nation. Beiträge zur aktuellen Staatsdiskussion“ und „Politische Kulturforschung“ sowie als Mitglied der Redaktion der Politischen Vierteljahresschrift. Auch in seiner politischen Tätigkeit als Antisemitismusbeauftragter des Landes Berlin arbeitet er fundiert an wissenschaftlichen Fragestellungen und bringt sich mit seinen Forschungsergebnissen positioniert und deutlich wahrnehmbar in öffentliche Debatten ein. So ist er eine der wichtigen Stimmen gegen aktuelle Erscheinungsformen und das Erstarken von Antisemitismus. Seine Veröffentlichungen beginnen mit kritischen Arbeiten zu

den Vertriebenenverbänden, systematisieren Erscheinungsformen und Erklärungsansätze zum Rechtsextremismus, zur Neuen Rechten, zum Populismus und zu autoritärer Herrschaft. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt auf der Theoretisierung und empirischen Analyse zu den Antisemitismen der Gegenwart. Für seinen internationalen Wissenstransfer zu den Themen Demokratie, Rechtsextremismus, Kritik am Antisemitismus und Rassismus sowie zur Aufarbeitung der Tätigkeit der Staatssicherheit in Niedersachsen erhält er im Jahr 2015 den Preis des Stiftungsrates der Universität Göttingen. Wir sind gespannt auf die folgenden Beiträge und freuen uns über mögliche Zusammenarbeiten in der ZRex.